



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

# Newsletter

Mittwoch, 20. Juli 2011

**Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Juni informieren.

Wie schon in den vergangenen Monaten, hat auch im Juni das Thema „**Energie**“ in der Arbeit des Bayerischen Landtags eine zentrale Rolle gespielt. Gegipfelt hat dies in einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Horst Seehofer am 28. Juni, die ich diesem Newsletter im Wortlaut beilege. Die parlamentarische Begleitung der Energiewende in Bayern hat der Landtag in seiner letzten Sitzung institutionalisiert, indem er eine **Kommission zur Begleitung der Energiewende in Bayern** eingesetzt hat. Ihr gehören insgesamt neun Abgeordnete aus allen Fraktionen an. Die CSU stellt deren vier, nämlich Christa Stewens, Tobias Reiß, Markus Blume und Albert Füracker. Den entsprechenden Landtagsbeschluss zur Einsetzung der Kommission, aus dem deren Aufgaben und Zielsetzungen hervorgehen, lege ich Ihnen/Euch ebenfalls bei.

Zum 1. Juli 2011 ist bekanntermaßen die **Wehrpflicht ausgesetzt** worden. Damit gibt es seit dem 1. Juli 2011 auch keine Zivildienstleistenden in der bisher gewohnten Form mehr. Als Ersatz ist zum 1. Juli an die Stelle des bisherigen Zivildienstes der so genannte **Bundesfreiwilligendienst** getreten – mit mehreren Besonderheiten: so kennt der Bundesfreiwilligendienst nach oben keine Altersgrenzen, zudem sind die Dienstleistenden sozialversichert. Bisherige Zivildienststellen werden Stellen des Bundesfreiwilligendienstes – aus den „Zivis“ also werden „BufDis“ -, weitere Stellen des Bundesfreiwilligendienstes über die bisherigen Zivildienststellen hinaus können hinzukommen.

Daneben gibt es auch weiterhin die **Jugendfreiwilligendienste** Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), die bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ausgeübt werden können.

Insgesamt stehen für beide Formate – Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste – bundesweit jeweils 35.000 Stellen, insgesamt also 70.000 Stellen, zur Verfügung. Detaillierteres sowie alles Wissenswerte zu den Rahmenbedingungen des Bundesfreiwilligendienstes sowie der Ju-

gendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ hat Sozialministerin Christine Haderthauer in einem sehr informativen Schreiben zusammengefasst, das ich diesem Newsletter ebenfalls als Anlage hinzufüge.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Bernhard Seidenath". The signature is written in a cursive style with a large initial "B".

Bernhard Seidenath

## Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern

### **Regierungserklärung „Mit Energie in die Zukunft. Aufbruch Bayern“**

In der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 28. Juni 2011 im Bayerischen Landtag betonte der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid, wie eng **Bayerns Wohlstand und soziale Sicherheit** mit einer sicheren und zukunftsfähigen Energieversorgung verbunden sind.

Ein verantwortungsvoller Umstieg von nuklearen und fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien erfordere daher eine **gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**.

Der Umbau der Energieversorgung in Bayern werde, so Schmid weiter, nur dann gelingen, wenn sowohl auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene als auch auf europäischer Ebene die **richtigen Maßnahmen** für eine **sichere, klimaverträgliche, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung** ergriffen werden.

Schmid forderte die Vertreter der Opposition dazu auf, sich angesichts der großen Herausforderung der Energieversorgung der Zukunft nicht im parteipolitischen Klein-Klein zu verlieren. Der

Fraktionsvorsitzende warb für einen **parteiübergreifenden Konsens** und eine **konstruktive Zusammenarbeit aller Fraktionen**.

### **Einsetzung einer Kommission**

Um die **gesamtgemeinschaftliche Herausforderung** der Energiewende zu bewältigen und die sich daraus ergebenden **großen Chancen für Bayern** zu nutzen, hat die CSU-Fraktion zusammen mit den Fraktionen von FDP und SPD die **Einsetzung einer Kommission des Bayerischen Landtags zur Begleitung der Energiewende in Bayern** auf den Weg gebracht.

Die Kommission soll die Energiewende **inhaltlich-konzeptionell** begleiten, die **Bürgerinnen und Bürger** über die auf sie zukommenden Konsequenzen **informieren** und **bei den Menschen in Bayern** für den Umbau der Energieversorgung **werben**.

Bei der inhaltlich-konzeptionellen Arbeit soll sie zudem darauf achten, dass der Ausstieg aus der Kernenergie und der Umstieg auf erneuerbare Energien mit dem dafür nötigen Ausbau der Speicher- und Leitungskapazitäten sowie unter Ausnutzung aller Energiespar- und Energieeffizienzreserven **so schnell wie möglich** erfolgt.

Gleichberechtigt soll sie **auch die Ziele** einer **jederzeitigen Versorgungssicherheit**, eines **ambitionierten Klimaschutzes** und einer **Energieversorgung zu bezahlbaren, wettbewerbsfähigen Preisen** im Auge haben.

Mit ihrer konzeptionellen Arbeit soll die Kommission auch **Anstöße für parlamentarische Initiativen** zur Umsetzung der Energiewende geben.

Da die Energiewende nur dann erfolgreich für Bayern gestaltet werden kann, wenn es uns gelingt, die Bürgerinnen

und Bürger zu überzeugen und auf dem Weg ins Zeitalter der regenerativen Energien mitzunehmen, soll sie auch einen **besonderen Schwerpunkt** ihrer Arbeit auf die Frage legen, wie die **Menschen in Bayern für die Energiewende gewonnen** werden können. Dabei soll sie sich insbesondere damit auseinandersetzen, wie die **Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig und umfangreich an deren Umsetzung beteiligt** und parlamentarische Initiativen **öffentlichkeitswirksam begleitet** werden können.

### **EEG-Novellierung – kosteneffizienter Ausbau und Marktintegration der erneuerbaren Energien**

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion das **Energiekonzept „Energie innovativ“ der Staatsregierung**, nach dem in zehn Jahren die Stromversorgung in Bayern zu 50 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll, **ausdrücklich begrüßt**.

Zudem haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, sich im **Bundesratsverfahren zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)** dafür einzusetzen, dass der weitere **Ausbau der erneuerbaren Energien dynamisch vorangetrieben** wird, zugleich **aber auch ausreichende Kostensenkungs- und Innovationsanreize gesetzt** werden.

**Zentrale Herausforderung** für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wird sowohl ein **umfassender Netz- und Speicherausbau auf allen Spannungsebenen** als auch die

**schnelle Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien** sein. Die Heranführung an den Markt soll schrittweise, aber zügig erfolgen, um eine **stärkere bedarfsgerechte Erzeugung und Nutzung** der erneuerbaren Energien zu erreichen und die **Systemverantwortung der Anlagenbetreiber auszuweiten**.

Gleichzeitig müssen – vor allem um Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe nicht zu gefährden – die **steigenden staatlichen Strompreisbelastungen begrenzt** werden.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag **konkret folgende Forderungen** formuliert:

- Eine **optimale Marktprämie** und die **Einführung einer Flexibilitätsprämie** für Anlagen zur Erzeugung

von **Strom aus Biogas** sind geeignete Instrumente für eine verbesserte Marktintegration der erneuerbaren Energien.

- **Biogasanlagen** können im Verbund mit **örtlichen Windkraft- und Photovoltaikanlagen** einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Im Sinne des Bestandsschutzes ist die **Beibehaltung des Vergütungsniveaus** für bestehende Biogasanlagen und für Anlagen, die vor dem 1. Januar 2012 errichtet werden und in Betrieb gehen, **unverzichtbar. Anreize sollen vor allem zugunsten von kleinen Biogasanlagen** (kleiner als 75 kW) gesetzt werden. Der **Maximalanteil von Mais- und Getreidekorn** zum Betrieb einer Biogasanlage soll **von 50 auf 60 Masse-Prozent angehoben** werden. Die **Kumulierungsmöglichkeit von NaWaRo- und Güllebonus** soll **abgeschafft** werden.
- Die **Förderung von Strom aus Freiflächen-Photovoltaikanlagen**, insbesondere auch auf ertragschwachen Acker- und Grünlandflächen, soll **ausgeweitet** werden. Für den Interessenausgleich zwischen Energieerzeugung, Klimaschutz und Flächennutzung ist die kommunale Bauleitplanung das geeignete, aber auch ausreichende Instrument (**Subsidiaritätsprinzip**). Eine **degressive Förderung je nach Anlagengröße** vermeidet übergroße Anlagen, die das Landschaftsbild negativ verändern.
- Gleichzeitig sollen die **bestehenden Degressionsregelungen** bei der Photovoltaik **beibehalten** werden. Die mit der letzten Novelle eingeführten flexiblen Degressionsregelungen sind ausreichend, um eine gezielte Absenkung der Einspeisevergütung in Abhängigkeit zum Zubau zu ermöglichen. Eine **zusätzliche einmalige Absenkung der Einspeisevergütung** ist deswegen **abzulehnen**.
- Die Vergütungsregelungen für **Onshore-Windkraftanlagen** sollen unverändert bleiben. Eine Verschärfung der Degression der Vergütungssätze ist abzulehnen.
- Die nicht ausreichende EEG-**Vergütung von Geothermie** ist **anzuheben**.
- Zudem sollen die besonderen **Ausgleichsregelungen** für die energieintensive Industrie **auf den industriellen Mittelstand ausgeweitet** werden. So sorgen die bisherigen Regelungen für eine **massive Ungleichbehandlung** gerade mittelständischer Betriebe des produzierenden Gewerbes, die aber ebenfalls im internationalen Wettbewerb stehen. Es darf zu keiner Deindustrialisierung aufgrund steigender Strompreisbelastungen kommen.
- Im EEG sollen zudem Anreize geschaffen werden, die den Einsatz energiesparender und energieeffizienter Anlagen und innovativer Speichertechnologien unterstützen (**Innovationsbonus**).

## Bericht zu EHEC-Infektionen in Deutschland und Bayern

Die **Häufung von Infektionen** mit dem Darmkeim EHEC in Deutschland und die **hohe Zahl der atypischen schweren Krankheitsverläufe mit hämolytisch-urämischem Syndrom (HUS)** seit Mai 2011 hat die CSU-Fraktion zum Anlass genommen, die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufzufordern, dem Landtag **zum aktuellen EHEC-Infektionsgeschehen** in Deutschland und speziell in Bayern sowie über die für Bayern **ergriffenen Maßnahmen und vorhandenen Krankenhauskapazitäten zu berichten**.

Außerdem haben wir die Staatsregierung aufgefordert, **beim Bund und der EU darauf hinzuwirken**, dass die durch das EHEC-Geschehen betroffenen **bayerischen Gemüseerzeuger schnell und ausreichend entschädigt** werden.

Ferner soll geprüft werden, ob die Betroffenen darüber hinaus **in begründeten Einzelfällen** durch zinsverbilligte Darlehen, Stundungen und ähnliche Maßnahmen **unterstützt werden können**.

## Finanzierung der Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe

Die **bisherige Berechnung des Schulgeldausgleichs** in Form eines **Pro-Kopf-Betrages pro Schüler** ist wegen schwankender Schülerzahlen **sehr volatil**.

Die **Umstellung auf eine klassenbezogene Förderung** könnte hier Abhilfe schaffen. Deshalb hatte der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags bereits bei den Beratungen zum Einzelplan 05 des Doppelhaushaltes 2011/2012 in einer Protokollerklärung zum Ausdruck gebracht, dass bis zu einer Neuregelung der Finanzierung der seit Januar 2011 geleistete **zusätz-**

**liche Schulgeldausgleich von monatlich 150 Euro je Schüler in unveränderter Höhe weitergeführt** wird.

Um den Trägern dieser Einrichtungen **mehr Planungssicherheit** bei den staatlichen Zuschüssen im Rahmen des Schulgeldausgleichs zu geben, hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, die derzeit **laufenden Arbeiten zur Reform der Finanzierung der privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe baldmöglichst zum Abschluss zu bringen**.

## Beitritt zum nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen – „Komm mach MINT“

Immer mehr Mädchen und Frauen erwerben in ihrer schulischen Laufbahn hervorragende Qualifikationen für technische und naturwissenschaftliche Berufe. Ihr **Anteil an Ausbildungs- und Studiengängen im MINT**(Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften)-Bereich ist **jedoch niedrig**. Internationale Vergleiche zeigen, dass **Frauen in vielen anderen Ländern deutlich präsenter** in technischen und naturwissenschaftlichen Studienfächern sind als in Deutschland. Dies ist bedauerlich, da viele begabte Frauen ihr Potential nicht ausschöpfen.

Vor dem Hintergrund **wissenschaftlicher Studien**, die davon ausgehen, dass **bis zum Jahr 2013** 330.000 Akademikerinnen und Akademiker, davon **155.000 Naturwissenschaftler und Ingenieure**, in Deutschland fehlen werden, können es sich Staat, Wirt-

schaft und Gesellschaft zudem auch dar **nicht leisten**, auf das Potential von Frauen zu verzichten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat deshalb zusammen mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft die **Initiative „Komm mach MINT“ gestartet**, um mehr junge Frauen für die Zukunftsberufe in den MINT-Bereichen zu gewinnen.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung nun **in einem Antrag** aufgefordert, dem **nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen beizutreten** und diese Initiative im Freistaat Bayern **mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen**.

Soweit dafür kostenwirksame Maßnahmen erforderlich sind, sollen diese im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Stellen und Mittel ergriffen werden.

## **Erweiterung des Handlungsspielraums bei der Lernmittelfreiheit**

Bei **Schulen zur sonderpädagogischen Förderung** können wegen der individuellen Bedürfnisse der Schüler bereits heute die **Mittel über die bestehende Zweckbindung** hinaus verwendet werden.

Diese Möglichkeit sollte **auch Schulen eröffnet** werden, die nachweisen, dass sie die vorhandenen Mittel über mehrere Jahre hinweg nicht aufbrauchen können.

Wir haben deshalb die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, im Hinblick auf **mehr Eigenverantwortung für die Schulen** bei der **anstehenden Überprüfung der Lernmittelfreiheit** auch Überlegungen einzubeziehen, den **Handlungsspielraum der Schulleitung bei der Verwendung der staatlichen Zuweisungen** für Schulbuch ersetzende Materialien **zu erweitern**, sofern die Beschaffung der notwendigen Schulbücher nicht beeinträchtigt wird.

## Dematiebewegung in Nordafrika aktiv unterstützen

Die CSU-Fraktion ist sich der **Verantwortung der europäischen Staatengemeinschaft**, die nordafrikanischen Länder bei ihren Reformbemühungen nach Kräften zu unterstützen und den Transformationsprozess partnerschaftlich zu begleiten, **bewusst**.

**In einem Antrag** haben wir die von der EU-Kommission **geplante Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ausdrücklich begrüßt** und die **Staatsregierung aufgefordert**, diese zu unterstützen.

Die ENP bietet **Chancen zur Stabilisierung der Region** und zur **Schaffung von Zukunftsperspektiven** für die Bevölkerung der nordafrikanischen Staaten **durch gezielte Unterstützung demokratischer und rechtsstaatlicher Reformen, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung** und Aufbau eines **gerechten Bildungssystems**.

Nach dem nunmehr vorgestellten neuen Ansatz soll die ENP nicht nur flexibler werden, sondern vor allem **stärkere Differenzierungen zwischen den jeweiligen Ländern zulassen** und **strenge Konditionalitäten** befolgen: **Je schneller und umfassender** ein Land bei seinen internen Reformen zum Aufbau und zur Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorankommt, **desto mehr Unterstützung** soll es von der EU erhalten.

Auch der Freistaat Bayern ist aufgerufen, im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten hierzu

einen Beitrag zu leisten. Der Bildungshunger in den Ländern der Region ist enorm, der **Kooperation im Bildungsbereich** einschließlich der Beschäftigungsförderung wird deshalb eine **Schlüsselrolle** zukommen.

Bei der weiteren Entwicklung der Region und der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen werden ausländische Direktinvestitionen, die Wirtschaftskooperation und die Stärkung der lokalen Privatwirtschaft ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Die **bayerische Wirtschaft**, die hohes Ansehen in Nordafrika genießt, ist daher **aufgefordert**, alle Möglichkeiten zu prüfen, **in der Region verstärkt zu investieren und sich am Aufbau eines effizienten beruflichen Bildungssystems zu beteiligen**.

Im Bereich der **erneuerbaren Energien** bieten der **Mittelmeer-Solarplan** und **Industrieprojekte wie Desertec** große Chancen für beide Seiten, insbesondere aufgrund der damit verbundenen Investitionen und Innovationen. Träger des Wandels, insbesondere in Ägypten und Tunesien, sind **neue politische und gesellschaftliche Kräfte**. Viele Frauen haben bei den Protesten eine maßgebliche Rolle gespielt. Mit diesen Kräften muss der **Dialog verstärkt** und auf eine breite Grundlage gestellt werden mit dem **Ziel**, eine **das Land tragende und gleichberechtigte Bürgergesellschaft** aufzubauen. Hier und bei dem notwendigen Aufbau von Parteistrukturen und Jugendorga-

nisationen können die **politischen Stiftungen eine maßgebliche Rolle** spielen.

Von **zentraler Bedeutung** ist für uns, dass der politische und gesellschaftliche Wandel **nicht zu Lasten religiöser Minderheiten geht**. Dies gilt vor allem auch für die **Glaubensgemeinschaft der Kopten in Ägypten**.

Vor diesem Hintergrund haben wir die **Staatsregierung auch aufgefordert**,

die **Beziehungen des Freistaats Bayern zu den Staaten Nordafrikas zu intensivieren** und die dortigen demokratischen Aufbruchbewegungen **aktiv zu unterstützen**. Dabei ist in enger Abstimmung mit den betroffenen Ländern **zu prüfen, welche konkreten Maßnahmen**, insbesondere in den Bereichen **Bildung, Landwirtschaft, Wirtschaft, Politik und Bürgergesellschaft, möglich und welche Kooperations- und Hilfsangebote willkommen sind**.

## Weitere Maßnahmen und Initiativen

### **Tourismusstrukturen im Internet**

Das **Internet gewinnt** als Informations- und Buchungsmedium für die Tourismuswirtschaft in Bayern **zunehmend an Bedeutung**. Zwei von drei Urlaubern informierten sich im Jahr 2009 im Internet – Tendenz steigend.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, dem Landtag am Beispiel eines bayerischen Tourismusverbands **zu berichten**, welche **Auswirkungen neue Medien auf den Tourismus** haben und **welche Unterstützung die Staatsregierung diesbezüglich bereits leistet**.

### **Angebote zum Thema Wirtschafts- und Führungsethik**

In einem **weiteren Antrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur **zu berichten**, welche **An-**

**gebote** an Bayerns Hochschulen zum **Thema Führungs- und Wirtschaftsethik** gemacht werden.

### **Mehr Online-Vorlesungen**

Der **weitere Ausbau der Online-Angebote** an bayerischen Hochschulen würde zu einer **erheblichen Entlastung der personellen und räumlichen Kapazitäten** führen.

Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert **zu prüfen**, inwieweit Studienangebote an Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere in besonders nachgefragten Vorlesungen, durch Online-Angebote der virtuellen Hochschule Bayerns (vhb) im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel **zeitnah erweitert** werden können.

### Neue Reisekostenregelung

Außerdem haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert zu **berichten**, wie die **neue Reisekostenregelung** für Bedienstete des Freistaats Bayern **auf ehrenamtlich tätige Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren angewendet** wird.

Denn bei einer 1:1-Umsetzung der neuen Regelung werden Reisekosten

bei dienstlichen Einsätzen nicht mehr ab Wohnort, sondern **nur ab der Dienststelle** gewährt. Die ohnehin schwieriger werdende **Gewinnung von Ehrenamtlichen** würde **dadurch erschwert**, da vor allem in ländlichen Regionen längere Fahrtstrecken die Regel sind, der eigene finanzielle Aufwand deshalb nicht unerheblich ist.

---

[www.aufbruch.bayern.de](http://www.aufbruch.bayern.de)

---

## **MIT ENERGIE IN DIE ZUKUNFT. AUFBRUCH BAYERN!**

**Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer  
am 28. Juni 2011 vor dem Bayerischen Landtag**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

### **I. GESELLSCHAFTSVERTRAG FÜR DIE ENERGIEWENDE - GEMEINSAMER AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT**

Fukushima hat die Welt verändert. Die apokalyptischen Bilder aus Japan und das Leid der Menschen haben sich auch bei mir ins Bewusstsein gebrannt. Zehntausende von Menschen wurden evakuiert. Im Umkreis von mindestens 20 Kilometern ist das Land auf lange Zeit unbewohnbar. Die vier Kraftwerksblöcke sind bis heute noch nicht unter vollständiger Kontrolle. Selbst ein Hochtechnologie-Land wie Japan konnte eine solche Katastrophe nicht verhindern. Ich sage Ihnen offen: Heute schätze ich das Restrisiko der Kernkraft anders ein.

Wir haben unsere Position verändert. Dazu stehe ich. Ein Politiker darf, er muss seine Einstellung ändern, wenn es einen neuen Erkenntnisstand gibt. Eine veränderte Bewertung ist besser als Rechthaberei.

Ich schließe mich der Ethikkommission der Bundesregierung an: Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernkraft und der Umstieg auf erneuerbare Energien sind machbar, wirtschaftspolitisch vertretbar und ethisch geboten. Ich habe die größte Hochachtung für die Arbeit und die Beschlüsse der Ethikkommission. Unser Dank gilt hier besonders Reinhard Kardinal Marx und Landtagspräsident a.D. Alois Glück.

Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder haben im Schulterschluss eine epochale Entscheidung getroffen: Wir steigen bis spätestens 2022 um - von der Kernenergie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Bayern ist ein starkes Land. Mit dieser Kraft gestalten wir die Energiewende als Teil unserer Zukunftsstrategie „Aufbruch Bayern“. Wir zeigen, dass sich die Bayern nicht ausruhen auf dem Erreichten. Wer aufhört, besser sein zu wollen, der hört auf, gut zu sein. Das ist der Sinn des Aufbruchs. Sich für Bayern zu engagieren, für die Familien, in der Bildung, für Innovation und hier in der Energiewende.

Wir wollen auch beim Megathema Umwelt- und Energietechnik Nummer 1 sein - in Deutschland und in Europa. Nur mit diesem Anspruch sichern wir Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit in Bayern.

Der Energiegipfel und diese heutige Debatte im Bayerischen Landtag stehen für die Aufbruchstimmung in ganz Bayern. Ich habe mich mit den Vertretern vieler gesellschaftlicher Kräfte an einen Tisch gesetzt. Wir haben Bedingungen für die Energiewende, den Fahrplan und erste Maßnahmen besprochen. Nicht jeder will unser Tempo mitgehen, aber der Konsens über das „Ob“ ist da. Die Diskussion über das beste „Wie“ führe ich gerne.

Energiewende im Dialog – dafür stehe ich. Damit setzen wir die Erfolgsgeschichte von „Umweltpakt Bayern“ und „Bayerischer Klima-Allianz“ fort. Das Ergebnis des Gipfels ist beeindruckend: Alle Gesprächspartner, Kommunen, Wirtschaftsverbände, Bund Naturschutz, Siemens, RWE, E.ON, die Vertreter erneuerbarer Energien – alle sind bereit für den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter. Alle haben konstruktive Vorschläge und Ideen eingebracht. Direkter und schneller geht kein Informationsfluss! Wir gestalten die Energiewende in Kooperation und Dialog. Und dieser Energiegipfel ist nur der Anfang. Weitere Treffen werden folgen.

Alle Teilnehmer des Energiegipfels haben auch die Gründung der Energieagentur „Energie innovativ“ ausdrücklich begrüßt. Die Agentur soll Wirtschaft und Wissenschaft, Kommunen und bürgerschaftlichen Initiativen als Koordinierungsstelle und Beratungsdrehscheibe - nicht als neue Behörde - zur Verfügung stehen. Ich werde mit der Staatsregierung und den Teilnehmern am Energiegipfel bis zur Sommerpause die Struktur und Aufgabenstellung der Energieagentur festlegen. Schon nach der Sommerpause soll die Agentur die Arbeit aufnehmen. Sie soll zum Beispiel die Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen und regionalen Energienutzungsplänen unterstützen. Die Geschäftsstelle für die Energieagentur wird dann bei Staatsminister Zeil im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Zudem wird mindestens einmal jährlich unter meiner Führung mit allen Teilnehmern des Energiegipfels die Umsetzung der Energiewende überprüft.

Die Gipfelteilnehmer waren sich einig: Die Koordinierung aller Maßnahmen zur Umsetzung unserer gemeinsamen Energiewende ist entscheidend.

Stellvertretend möchte ich den Bayerischen Gemeindetag zitieren. In Regionalveranstaltungen haben 600 bayerische Gemeinden zugestimmt: Wir machen mit bei der Energiewende. Wir unterstützen den Kurs der Staatsregierung. Die Gemeinden packen an beim Energiesparen und für das Ziel, den Strombedarf vornehmlich durch Anlagen auf bayerischem Boden zu decken. Dieser Wille zur Zukunft ist großartig. Alle Kräfte Bayerns zusammen, alle gemeinsam sind wir die Macher des Umstiegs.

Wir haben Rückenwind: Die Menschen wollen sichere, saubere und bezahlbare Energie – ohne Kernenergie. Die Menschen in Bayern wollen den Umstieg. Die bayerischen Unternehmen haben die Kraft und die Technik für den Umstieg.

Unsere Wissenschaftler haben schon lange die Technologieführerschaft für eine moderne Energie-Infrastruktur, für Solartechnik, Geothermie und Biomasse.

Die Menschen in Bayern wissen: Zur Energiewende gehören der Ausbau von Netzen, von Photovoltaik und Windenergie, von Biomasse und Wasserkraft und der Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke. Der Umstieg wird von uns allen große Anstrengungen verlangen. Aber die große Mehrheit weiß sehr genau: Man kann nicht gegen Kernkraft demonstrieren und dann den Umstieg in erneuerbare Energien boykottieren.

Mit dem Energiegipfel im Rücken und dem Willen der Menschen zum Umstieg haben wir den größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens. Wir haben einen ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag für den Umstieg.

Gemeinsam - Politik, Verbände, Unternehmen - arbeiten wir für folgende Ziele:

1. Die Energieversorgung in Bayern bleibt sicher, bezahlbar und klimafreundlich.
2. Wir halten die Technologieführerschaft bei Umwelt- und Energietechnik.
3. Bayern bleibt Produktionsstandort für Energie.
4. Wir sorgen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Betriebe.

Für diese Ziele haben wir – Politik, Verbände, Unternehmen - einen klaren Fahrplan: Wir werden den Anteil erneuerbarer Energien innerhalb der nächsten zehn Jahre verdoppeln. Heute sind es bei uns schon 25 Prozent, im Bund nur 17 Prozent. Wir brauchen neue Technologien. Denken Sie nur an die Speichertechnologien von Strom. Wir brauchen eine begrenzte Zahl von neuen Gaskraftwerken. Wir brauchen mehr Energieeffizienz und Stromeinsparung zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Unsere bayerischen Klimaschutzziele bleiben unverändert gültig. Dafür fördern wir die energetische Sanierung von Gebäuden und neue Formen der Mobilität.

Wenn wir gemeinsam, schnell und pragmatisch handeln, dann haben wir eine Win-Win-Situation für die Menschen in Bayern. Wenn wir schnell sind, ist die Energiewende in Deutschland ein einziges großes Konjunkturpaket für Bayern. Wir liefern die Spitzenforschung, die Entwicklung, die Technik und das Know-how. Damit holen wir Arbeitsplätze und Aufträge nach Bayern.

Die DIW-Energieexpertin, Prof. Claudia Kemfert, spricht für Deutschland von „bis zu einer Million mehr Arbeitsplätze durch die Energiewende“. Die Energiewende wird zu mehr Wirtschaftswachstum führen. [DIW-Wochenbericht 20/2011 Chancen der Energiewende] Die Energiewende bis 2022 bedeutet Investitionen von rund 200 Milliarden Euro in Deutschland. Diese Chancen werden wir nutzen.

Bayern steht in den Startlöchern. Der Vorstand von Siemens sieht großes Potenzial für moderne Kraftwerke und neue Energietechnik. Die Exportschlager von morgen kommen aus Bayern: Elektromobilität, Umwelttechnik, energetische Sanierung, Energietechnik.

Viele mittelständische Unternehmer und Handwerker warten nur auf den Startschuss für intelligente Energienetze, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Gebäudesanierung. Der Chef der BayWa rechnet mittelfristig mit einer Milliarde Euro Umsatz durch die Energiewende (vgl. Handelsblatt 15.06.2011). In den Gemeinden vor Ort entsteht eine dezentrale Energieversorgung. Viele Gemeinden wollen ihre Energie selbst produzieren. Immer mehr Menschen in Bayern beteiligen sich an ihrer Energieversorgung.

Vor zwei Wochen war ich beim Spatenstich für einen der größten Solarparks in Bayern. Damit habe ich in Weismain meine Zukunftsreise zum Aufbruch Bayern gestartet. Über 8.000 Haushalte werden dort mit Strom aus Sonnenenergie versorgt – mitfinanziert von den Bürgern. Die Menschen in Oberfranken nehmen die Energieversorgung selbst in die Hand. Ich bin beeindruckt von so viel Bürger-Engagement, von so viel Eigenverantwortung. Das ist Zukunft. Das ist Aufbruch Bayern.

Mit dem Energiegipfel haben wir den Umstieg besiegelt. Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Wir tragen die Verantwortung gemeinsam. Und wir packen jetzt gemeinsam an. Viele Kräfte – ein gemeinsamer Wille. Mit Energie in die Zukunft. Das ist unser bayerischer Weg.

## **II. DIE ENERGIEWENDE MANAGEN - DER BAYERISCHE WEG ALS MODELL**

### **Wir schaffen Fakten: 2022 ist Schluss mit der Kernkraft**

Die bayerischen Kernkraftwerke werden abgeschaltet. Schritt für Schritt und endgültig. Isar I geht nicht mehr ans Netz. Die anderen folgen: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2021 Gundremmingen C und 2022 Isar II. In elf Jahren ist kein Kernkraftwerk mehr am Netz. Verlässlich und ohne Hintertürchen.

Auch die Endlagerfrage packen Bund und Länder gemeinsam an: Die Generation, die Kernenergie nutzt, muss sich auch um die Entsorgung kümmern. Zu dieser Verantwortung stehen wir. Deshalb sage ich: Gorleben muss zügig bis zu einem Endergebnis untersucht werden. Vorsorglich müssen parallel geologische Formationen in ganz Deutschland auf ihre Eignung zur Atommülllagerung untersucht werden. Geologische Formationen, keine konkreten Standorte! Bei der Standortentscheidung dürfen uns nur wissenschaftliche Erkenntnisse leiten. Das heißt für Bayern: Bei uns ist unter diesem Aspekt - nach allem, was wir wissen –

ein Standort kaum vorstellbar. Wir müssen auch andere Optionen, z.B. die Rückholbarkeit, mit in den Blick nehmen.

Für Bayern heißt die Energiewende konkret:

In diesem Jahrzehnt werden wir zwei weitere Kernkraftwerke durch Gas und erneuerbare Energien ersetzen. Das traue ich uns zu.

Bayern ist ein hochentwickeltes Land. Mit unserem bayerischen Energiekonzept „Energie innovativ“ haben wir eine realistische Strategie für den Umstieg – Hand in Hand mit Unternehmen, Bürgern und Kommunen.

### **Wir packen an: Ausbau erneuerbarer Energien**

Wir machen Bayern zum Vorreiter für erneuerbare Energien. Dafür brauchen wir die Kompetenz und Finanzkraft großer Unternehmen und Investoren. Und zum anderen brauchen wir dezentrale Energiekonzepte von Kommunen und Bürgern. Beides macht die Stärke Bayerns aus.

Und dafür kämpfen wir derzeit beim Bund:

Der verstärkte Ausbau der Windenergie muss nicht nur auf hoher See, sondern auch an Land vorangetrieben werden. Abstriche bei der Förderung von Onshore - Windkraftanlagen darf es deshalb nicht geben. Kleine Biomassekraftwerke dürfen gegenüber größeren nicht benachteiligt werden. Das ist wichtig für unsere vielen kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe in Bayern. Und es ist hilfreich, dass die beschlossene Senkung der Einspeisevergütung bei den Solaranlagen jetzt nicht greift. 40% des deutschen Solarstroms kommen schon heute aus Bayern. Das zeigt die Kraft der aktiven Bürgergesellschaft in Bayern.

Bei uns in Bayern hat die Energiewende längst begonnen:

Mit dem Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing haben wir ein internationales Aushängeschild. In der Energiewende liegen für die bayerische Land- und Forstwirtschaft große Chancen. Jeder Landwirt kann in Zukunft auch Energiewirt sein – egal, ob mit Hackschnitzel, Biomasse oder Solardach. Die Gemeinde Ascha in Niederbayern, die Gemeinde Wildpoldsried im Oberallgäu produzieren ihre Energie schon heute nahezu vollständig selbst, andere sind auf dem Weg dorthin. In Bayern sind schon heute neun Heißwasser-Geothermie-Anlagen in Betrieb. Zwei davon erzeugen neben Wärme auch Strom. Zehn weitere Anlagen sind in Bau. Die LandSiedlung des Bayerischen Bauernverbandes plant unter anderem im oberbayerischen Neumarkt-Sankt Veit ein Bürger-Windrad. Die Menschen aus der Region können sich beteiligen. Das ist ein Paradebeispiel für die vernünftige Umsetzung der genossenschaftlichen Idee. So kann sie aussehen!

Diese Beispiele zeigen: Bayern ist schon heute ein Land der Bürgerenergie.

Für die beschleunigte Energiewende setzen wir noch stärker als bisher auf die Aktivierung privaten Investitionskapitals für Bürger-Windanlagen, Bürgeranlagen für Biomasse, Bürger-Solaranlagen. Der Freistaat wird die Dächer seiner Gebäude für Solaranlagen bereitstellen und den Kommunen empfehlen, dies auch zu übernehmen. Wir werden Konversionsflächen und Altdeponien als Solarparks und Solarberge nutzen. Photovoltaik werden wir auch an Lärmschutzwänden und entlang von Straßen einsetzen.

Der Freistaat wird auch in den Staatsforsten Flächen für Windparks anbieten. Die Bereitstellung privater Dachflächen wollen wir über eine Solardachbörse im „Energie-Atlas Bayern“ unterstützen. Und wir machen uns in Berlin dafür stark, dass fassadenintegrierte Anlagen etwa durch Investitionszuschüsse unterstützt werden.

Bürger, Unternehmen und Kommunen arbeiten zusammen. Diese Aufbruchstimmung macht Bayern zum Modell für eine nachhaltige und innovative Energieversorgung.

Und ich habe das internationale Mega-Projekt „Desertec“ nach München geholt. Schon in diesem Jahrzehnt soll der erste Wüstenstrom aus Afrika nach Europa fließen. Großprojekte wie Desertec und dezentrale Bürgerenergie – beides gehört zur Energiewende.

### **Wir packen an: neue Netze für Versorgungssicherheit und Netzstabilität**

Der Ausbau unserer Strom-Netze ist die größte finanzielle und technische Herausforderung der gesamten Energiewende. Wir brauchen eine Investitionsoffensive für Stromnetze in Bayern, Deutschland und Europa. Wir brauchen neue Stromautobahnen für Windstrom aus dem Norden und Solarstrom aus dem Süden. Wir brauchen mehr Zubringer. Dezentrale Energieversorgung funktioniert nur mit intelligenten Netzen. Ohne Stromnetz kein Strom vor Ort! Der Beitrag des Staates ist klar: Wir sorgen für beste Investitionsbedingungen und erteilen Genehmigungen so schnell wie möglich. Wir tun alles, um die Planungs- und Bauzeit von Stromtrassen zu verkürzen. Und wir werden bei allen Bauprojekten für Transparenz und einen größtmöglichen Konsens sorgen.

Wir alle wissen: Neue Hochspannungsleitungen, Windkraftanlagen, Pumpspeicherkraftwerke - solche Projekte erfordern bei allen Beteiligten große Verantwortung. Für einen schnellen Netzausbau müssen wir die Konflikte zwischen Energieinfrastruktur, Umweltschutz und Grundeigentum lösen. Mir ist eine frühzeitige Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von Anfang an sehr wichtig. Ich stehe für Dialog und offene Aussprache.

Es muss aber klar sein: Wer Ja sagt zu erneuerbaren Energien, der muss auch Ja sagen zum konsequenten Netzausbau. Wir alle müssen die Konsequenzen aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien akzeptieren. Ich fordere alle Fraktionen in

diesem Hohen Haus auf, sich konstruktiv einzubringen. Der gesellschaftliche Konsens verpflichtet uns alle.

Bayern ist im Aufbruch. Wir ruhen uns nicht auf der Vergangenheit aus. Wir bestaunen nicht die Gegenwart. Wir wollen die Zukunft gewinnen!

### **Wir packen an: neue und modernisierte Gaskraftwerke**

Wir sind realistisch: Für die Zeit des Umstiegs brauchen wir fossile Kraftwerke. Nur so können wir Netzstabilität und Versorgungssicherheit garantieren. Auch bei Schneesturm und bedecktem Himmel muss die S-Bahn fahren, die Bänder bei BMW und Audi müssen laufen und niemand von Ihnen will aufs Internet verzichten. Am 15. September geht das modernste Gaskraftwerk der Welt in Bayern ans Netz. Dieses Kraftwerk liefert dann so viel Strom wie das Kernkraftwerk Isar I. Die Einweihung in Irsching wird ein Highlight meiner Zukunftsreise „Aufbruch Bayern“.

Ich bin stolz auf unsere bayerischen Ingenieure. Wir zeigen der Welt: Bayern kann's! Für das Kraftwerk Haiming im Landkreis Altötting liegt die Genehmigung vor. Und weitere Projekte werden folgen. Die Standortfrage für neue Gaskraftwerke war auch ein wichtiger Punkt bei unserem heutigen Energiegipfel. Das alles zeigt: Wir sind schon mitten drin im Umstieg!

### **Wir packen an: Bayern als Modell für Energiesparen und Energie-High-Tech**

Im Zeitraum 2000 bis 2050 wird sich der Weltenergieverbrauch in etwa verdoppeln. Und das bei begrenzten Ressourcen fossiler Energiequellen. Deshalb werden überall in Europa, in USA und in China Milliarden in die Energieeffizienz investiert. Aus Umweltschutzgründen, aus Zukunftsvorsorge und weil es sich schlicht rechnet. Wirtschaftswachstum und effizienter Umgang mit Energie – das ist kein Gegensatz, das gehört zusammen.

Wir erleben weltweit eine Technologie-Revolution hin zum nachhaltigen, energieeffizienten Wachstum des 21. Jahrhunderts. Neben Ausstieg und Umstieg brauchen wir auch in Bayern einen Paradigmenwechsel für das Energiesparen. Rund 40 % des Energieverbrauchs entfallen auf Raumheizung und Warmwasserbereitung. Auch hier packen wir an: Wir setzen bundesweit Anreize für private Gebäudesanierungen in Höhe von jährlich 1,5 Milliarden Euro aus KfW-Mitteln. Zusätzlich werden wir die energetische Sanierung von Wohngebäuden mit bis zu 1,5 Milliarden Euro jährlich steuerlich fördern.

Wir werden unsere staatlichen Gebäude energetisch sanieren. Und wir haben im Ministerrat beschlossen, die staatlichen Gebäude künftig mit Strom aus regenerativen Energien zu versorgen. Zusätzlich wollen wir selbst die Produktion unterstützen. Zum Beispiel prüfen wir, wie auf der Staatskanzlei Sonnenenergie genutzt werden kann. Energie sparen und erneuerbare Energien ausbauen - diese Doppelaufgabe werden wir im Staatshaushalt berücksichtigen müssen.

Staatsregierung und Landtag werden über die exakten Summen im Zuge der Beratungen zum Nachtragshaushalt entscheiden – nach der Steuerschätzung im November.

Und gerade bei der energetischen Gebäudesanierung gilt: Jeder Euro rentiert sich in wenigen Jahren. Der Staat ist Vorbild, kann aber nur einen Teil leisten. Wir wollen die Unternehmen und die gesamte Bürgergesellschaft aktivieren durch einen Energieeffizienz-Pakt. Allein durch Verhaltensänderungen lassen sich fast 10 Prozent des Verbrauchs im Haushalt einsparen. Energie sparen geht uns alle an. Sparsamer Umgang mit Energie - das ist entscheidend für die Einhaltung unserer Klimaziele. Auch wenn wir die Gaskraft ausbauen, bleiben unsere Klimaziele gültig – ohne Abstriche.

Unser Ziel bleibt, den energiebedingten CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Einwohner deutlich unter 6 Tonnen zu senken. Dafür müssen wir alle Einsparpotenziale nutzen.

Auch hier ist Bayern schon mitten im Aufbruch. Bayerische Unternehmen wie BMW, Audi oder MAN sind Trendsetter für sparsame und CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge – mit großem Erfolg gerade im Export. Und bayerische Unternehmen haben ehrgeizige Ziele bei der Elektromobilität. Die Staatsregierung setzt auf die Elektromobilität. Dafür stellen wir in unserer Zukunftsstrategie „Aufbruch Bayern“ bereits jetzt 64 Mio. Euro zur Verfügung. Wir wollen, dass in zehn Jahren 200.000 Elektroautos auf unseren Straßen fahren. Das alles dient unserem Ziel: Die Energiewende muss mit dem Klimaschutz vereinbar sein. Dafür arbeiten wir.

### **Wir packen an: Technologieführerschaft Bayerns**

Siemens, MAN, BMW, Audi, unzählige mittelständische Betriebe, unsere Hochschulen und die Forschungsinstitute sind Motor der Zukunft.

Diese Aufbruchstimmung im Land wollen wir unterstützen. Dazu haben wir eine Expertenkommission „Energieforschung und -technologie“ einberufen. Wir wollen die Aktivitäten in der Energieforschung in Bayern bündeln. Ein Schwerpunkt wird dabei der Energie Campus Nürnberg sein, ein zweiter Südbayern mit der Technischen Universität München. Die Kompetenzen wollen wir zu einer Bayerischen Energieallianz zusammenführen.

Mit „Aufbruch Bayern“ haben wir bereits zukunftsweisende Projekte beschlossen: das Zentrum für angewandte Energieforschung in Würzburg, die Solarfabrik der Zukunft in Oberfranken, das ATZ-Entwicklungszentrum Sulzbach-Rosenberg. Hier entwickeln bayerische Spitzenforscher die Energie-, Umwelt- und Strömungstechnik der Zukunft.

Die Energiefrage ist eine Vertrauensfrage.

Die Energiepreise müssen wettbewerbsfähig bleiben. Das ist lebenswichtig gerade für unsere energieintensiven Unternehmen in Bayern.

Unsere Papierfabriken leben von konkurrenzfähigen Energiepreisen. In der bayerischen Chemie hängen 60.000 Arbeitsplätze von den Energiepreisen ab, weitere 60.000 in der Kunststoffindustrie. Unsere Glasindustrie braucht wettbewerbsfähige Energiekosten.

Auch für die Ansiedlung neuer Zukunftsfelder wie die Karbonfasertechnologie sind bezahlbare Strompreise ein wichtiger Standortfaktor. Es steht viel auf dem Spiel. Wir setzen uns dafür ein, dass auch kleinere und mittlere Unternehmen entlastet werden, wenn sie viel Energie für ihre Produktion benötigen. Energieintensive Betriebe sollen weiter in Bayern produzieren können. Dafür werden wir sorgen.

Die Energiefrage ist auch eine soziale Frage.

Für Familien, Rentner und Geringverdiener muss der Strom bezahlbar bleiben. Ich weiß sehr genau, dass sich gerade hier unsere Verantwortung beweisen muss.

Bayerns Erfolgsrezept ist und bleibt seine technologische Innovationskraft. Bayern hat das Know-how, die Köpfe und das Kapital für den Umstieg.

Wir können es schaffen, dass zwei Zukunftsvisionen Realität werden.

Erstens: In zehn Jahren sollte eine autarke Stromversorgung von Eigenheimen möglich sein. Solarmodule auf dem Dach, ein stationärer Stromspeicher im Keller - das deckt die Grundversorgung, z.B. für Licht, Waschmaschine, Fernseher usw. Dazu sind neue Speichertechnologien nötig. Vor allem dafür werden wir in die Forschung investieren.

Zweitens: In zehn Jahren sollte es möglich sein, regenerative Energie zu wettbewerbsfähigen Konditionen in Methangas umzuwandeln. Ich weiß, da gibt es kontroverse Diskussionen. Doch der Vorstandsvorsitzende der E.ON AG, Johannes Teyssen, hält dieses Ziel für realistisch. In zehn Jahren sollen 15 Prozent des gesamten Gasverbrauchs durch Methangas aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dadurch verringern wir unsere Abhängigkeit von ausländischen Gaslieferungen deutlich. Hierfür lohnt jede Anstrengung!

Die Energiewende ist der Wille des Volkes. Wir sind dazu bereit. Wir sorgen in Bayern für die besten Rahmenbedingungen. Wir machen den Weg frei für neue Ideen und für Investitionen in ein neues Energiezeitalter. Umsetzen müssen diese Energiewende wir alle - die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmer, die Kommunen und die Energieversorger.

Niemand in Bayern will eine Planwirtschaft. Wir setzen auf Freiheit und Eigenverantwortung - auf attraktive Anreize, auf Wettbewerb für kreative Lösungen und für bezahlbare Preise. Deutschland ist das stärkste Land in Europa. Deutschland ist besser als alle anderen Industriestaaten aus der Krise gekommen. Das ist der Erfolg unserer Sozialen Marktwirtschaft. Und ich bin zuversichtlich. Wenn wir uns in Bayern einig sind, wenn wir schnell handeln und wenn bayerische Unternehmen, Bürger und die öffentliche Hand kraftvoll in ein neues Energiezeitalter investieren, dann werden die Experten aus aller Welt wieder zu

uns pilgern und feststellen: „Wir haben die Strategie anfangs nicht verstanden, dann haben wir sie mehr und mehr bewundert und jetzt ist sie Vorbild für uns.“

Unser Ziel ist die nachhaltige Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Auch dafür erreicht kein System bessere Ergebnisse als unsere Soziale Marktwirtschaft. Bayern steht seit über 60 Jahren für dieses Erfolgsmodell.

Unser Weg ist: Zutrauen statt Misstrauen! Zukunft statt Blockade! Markt vor Plan!

### **III. ERFOLGSGESCHICHTE BAYERN FORTSETZEN - MIT ENERGIE IN DIE ZUKUNFT**

Der Energiegipfel hat mir die Zukunftskraft Bayerns vor Augen geführt: Kein anderes Land ist so gut vernetzt in Wirtschaft, Kommunen und Verbänden wie wir. Kein anderes Land hat so gute Ingenieure und so viele innovative Unternehmer. Kein anderes Land hat so viel positive Energie. Die Menschen in Bayern haben Ideen und packen an. Und zusammen sind sie unschlagbar. Diesen Aufbruch unterstützen wir. Wir arbeiten für einen nachhaltigen Wohlstand. Wir sorgen seit mehr als 60 Jahren dafür, dass Bayern unter Strom steht. Von der Öl-Pipeline in den 60er-Jahren bis zur Solarenergie von morgen – uns beseelt immer der gleiche Wunsch: Wir wollen Produktionsstandort bleiben und die Technologieführerschaft ausbauen. Wir wollen vorn dabei sein, wenn die Aufträge der Welt verteilt werden.

Wir wollen wirtschaftlich erfolgreich sein und die Schöpfung bewahren. Wir arbeiten für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie.

Bayerns Erfolgsgeschichte heißt: Wir investieren für morgen und übermorgen.

Das ist Aufbruch Bayern, Zukunftsland und Heimat.

Gehen wir gemeinsam mit Energie in die Zukunft - für unser einzigartiges Bayern!

Machen wir Bayern zum Modell für die Energiewende – realistisch, verlässlich, berechenbar!

Bayern kann`s! Und Bayern macht`s!

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König und Fraktion (CSU),**

**Markus Rinderspacher, Harald Güller und Fraktion (SPD),**

**Thomas Hacker, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)**

Drs. 16/9117, 16/9235

### **Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern**

Der Landtag begrüßt und unterstützt das Ziel, dass in Bayern in zehn Jahren die Stromversorgung zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt werden soll.

Bayerns Wohlstand und soziale Sicherheit sind eng mit einer sicheren und zukunftsfähigen Energieversorgung verbunden. Ein verantwortungsvoller Umstieg von nuklearen und fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien erfordert daher eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und der Bevölkerung in Bayern.

Der Umbau der Energieversorgung in Bayern wird nur dann gelingen, wenn sowohl auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene als auch auf europäischer Ebene die richtigen Maßnahmen für eine sichere, klimaverträgliche, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung ergriffen werden.

Um diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu bewältigen und die sich daraus ergebenden großen Chancen für Bayern zu nutzen, setzt der Landtag gemäß § 40 seiner Geschäftsordnung eine Kommission zur Begleitung der Energiewende in Bayern ein, deren Tätigkeit mit Ablauf der 16. Legislaturperiode beendet ist.

Die Kommission soll die Energiewende inhaltlich-konzeptionell begleiten, bei den Menschen in Bayern für den Umbau der Energieversorgung werben und die Bürgerinnen und Bürger über die Konsequenzen informieren.

Bei der inhaltlich-konzeptionellen Arbeit soll sie darauf achten, dass der Ausstieg aus der Kernenergie und der Umstieg auf erneuerbare Energien mit dem dafür nötigen Ausbau der Speicher- und Leitungskapazitäten sowie unter Ausnutzung aller Energiespar- und Energieeffizienzreserven so schnell wie möglich erfolgt. Gleichberechtigt soll sie auch die Ziele einer jederzeitigen Versorgungssicherheit, eines ambitionierten Klimaschutzes und einer Energieversorgung zu bezahlbaren, wettbewerbsfähigen Preisen im Auge haben.

Die Kommission soll mit ihrer konzeptionellen Arbeit Anstöße für parlamentarische Initiativen zur Umsetzung der Energiewende geben, die dann ausschließlich in den zuständigen Ausschüssen beraten werden.

Da die Energiewende nur dann erfolgreich für Bayern gestaltet werden kann, wenn es gelingt, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen und auf dem Weg ins Zeitalter der regenerativen Energien mitzunehmen, soll die Kommission einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Fragen legen, wie die Menschen in Bayern für die Energiewende gewonnen werden können. Dabei soll sie sich insbesondere damit auseinandersetzen, wie die Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig und umfangreich an deren Umsetzung beteiligt und parlamentarische Initiativen öffentlichkeitswirksam begleitet werden können.

Der Kommission gehören neun Mitglieder an. Für jedes Mitglied wird zudem ein stellvertretendes Mitglied bestellt. Nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen entfallen hiervon auf die

CSU-Fraktion vier Mitglieder,

SPD-Fraktion zwei Mitglieder,

Fraktion FREIE WÄHLER,

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

FDP-Fraktion je ein Mitglied,

sowie jeweils eine entsprechende Zahl von stellvertretenden Mitgliedern.

Die Sitzungen der Kommission sind grundsätzlich öffentlich. Die Kommission kann von Fall zu Fall Ausnahmen beschließen. Sie ist auch berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages Sachverständige hinzuzuziehen.

Die Kommission legt dem Landtag spätestens bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 einen schriftlichen Zwischenbericht vor. Ihr abschließender schriftlicher Bericht ist dem Landtag außerdem so rechtzeitig vorzulegen, dass bis zum Ende der Wahlperiode hierüber eine Aussprache im Landtag stattfinden kann.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Vergleich der Eckpunkte von Jugendfreiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst

Vergleich	FSJ / FÖJ	BFD
Altersgrenze	ab Vollendung der Vollzeitschulpflicht bis Vollendung des 27. Lebensjahres	ab Vollendung der Vollzeitschulpflicht; keine Altersgrenze nach oben
Geschlecht	Männer und Frauen	Männer und Frauen
Dauer	6 Monate bis 18 Monate, in Ausnahmefällen 2 Jahre	6 Monate bis 18 Monate, in Ausnahmefällen 2 Jahre
Wie oft kann der Dienst geleistet werden?	einmal	mehrfache Wiederholung nach jeweils fünf Jahren möglich
Arbeitszeit	Vollzeit	Vollzeit; für Freiwillige ab 27 Jahre Teilzeit (mind. 20 Wochenstunden) möglich
Taschengeld	bis 330 Euro	bis 330 Euro
Kindergeld	Anspruch besteht	künftig Anspruch wie bei FSJ/FÖJ
Unterkunft / Verpflegung	frei oder Geldersatzleistung zulässig	frei oder Geldersatzleistung zulässig
pädagogische Begleitung	jährlich 25 Seminartage Pflicht	jährlich 25 Seminartage für Jugendliche bis 27 Jahre Pflicht, andere Teilnehmer Seminare in angemessenem Umfang

Einsatzbereich	gemeinwohlorientierte Einrichtungen (insbesondere Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe einschließlich für außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit, Gesundheitspflege, Kultur und Denkmalpflege, Sport, Natur- und Umweltschutz einschließlich der Bildung zur Nachhaltigkeit	gleiche Einsatzbereiche wie FSJ/FÖJ, zusätzlich Integration und Zivil- und Katastrophenschutz,
Im Ausland möglich	ja	nein
Zentralstellen	bundesweite Trägerorganisation;  zuständig für die Verteilung der Bundesförderung an die angeschlossenen zugelassenen Träger	bundesweiter Zusammenschluss von Einsatzstellen;  zuständig für die Verteilung der Bundesförderung an die zugelassenen Einsatzstellen
Träger	verantwortlich für die rechtmäßige Durchführung des Dienstes und insbesondere für Durchführung der Seminare; sog. geborene Träger = Wohlfahrtsverbände und Kommunen; sog. erkorene Träger = durch Bundesländer zugelassene Einrichtungen	nicht erforderlich
Einsatzstellen	Anschluss und Anerkennung durch einen auf Landesebene anerkannten Träger zwingend	Anerkennung durch Bundesamt für Zivildienst; verantwortlich für rechtmäßige Durchführung des Dienstes und päd. Begleitung der Freiwilligen
Vereinbarung / Vertrag der Freiwilligen mit	zugelassenem Träger (und ggf. Einsatzstelle)	Bund (nach Vorschlag der Einsatzstelle)
Sozialversicherung	Pflichtversicherung ohne Beitragszahlung der Freiwilligen	Pflichtversicherung ohne Beitragszahlung der Freiwilligen

# Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Staatsministerin Christine Haderthauer, MdL



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie und Frauen - 80792 München

---

An die Kolleginnen und Kollegen  
Abgeordneten der CSU - Fraktion  
im Bayerischen Landtag  
Maximilianeum  
81627 München

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
Bitte bei Antwort angeben  
III 5/6017.01-1/19

Datum  
20.06.2011

## **Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes und Stärkung der Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)**

### Anlagen:

- 1 Hinweise von A bis Z zum Bundesfreiwilligendienst
- 1 Hinweise von A bis Z zu den Jugendfreiwilligendiensten
- 1 vergleichende Übersicht der Eckpunkte von Jugendfreiwilligendienst und Bundesfreiwilligendienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 24. März 2011 hat der Bundestag das Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes verabschiedet, die abschließende Behandlung im Bundesrat erfolgte am 15. April 2011. Das Gesetz ist in wesentlichen Teilen am 3. Mai 2011 in Kraft getreten. Die Vorschriften zur Kostenerstattung durch den Bund treten jedoch erst zum 1. Juli 2011 in Kraft. Dies bedeutet, dass die Einsatzstellen zwar bereits jetzt Freiwillige anwerben und beschäftigen können, jedoch erst ab Juli 2011 die Bundesförderung möglich wird. In der Praxis wird damit der Bundesfreiwilligendienst erst zum 1. Juli 2011 beginnen.

Aus diesem Anlass und auf vielfache Nachfrage möchte ich Euch gerne zum aktuellen Stand in Bayern informieren.

Dienstgebäude  
Winzererstraße 9  
80797 München

Öffentliche Verkehrsmittel  
U 2 Josephsplatz  
154 Infanteriestraße Süd  
(StadtBus)  
20, 21 Lothstraße

Telefon  
089 1261-1351  
Telefax  
089 1261-18-1351

E-Mail  
roswita.gielesberger@stmas.bayern.de  
Internet  
www.stmas.bayern.de

Erfreulicherweise ist es in intensiven, von Bayern initiierten Verhandlungen gelungen, die Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in der bewährten Form zu erhalten und sogar zu stärken. Durch die nun mögliche Pluralität der Freiwilligendienste wird die Aussetzung des Zivildienstes zumindest teilweise kompensiert werden können.

Ziel des Ausbaus der Jugendfreiwilligendienste wie auch des neuen Bundesfreiwilligendienstes ist es, zukünftig möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit und die positive Erfahrung von bürgerschaftlichem Engagement zu ermöglichen. Während die bewährten und als einzigartige Bildungs- und Orientierungsjahre für junge Menschen beliebten Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ ausschließlich junge Menschen ansprechen, steht der neue Bundesfreiwilligendienst allen Generationen offen. Freiwilliges Engagement leistet einen wichtigen Beitrag zum besseren Zusammenhalt der Gesellschaft und bietet die Gelegenheit, wichtige persönliche und soziale Kompetenzen und Erfahrungen zu sammeln oder zu vertiefen.

Im Zusammenhang mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes konnte ich wichtige Forderungen Bayerns zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste durchsetzen. Die Bundesregierung wird nunmehr parallel die Jugendfreiwilligendienste ausbauen und stärken und zu einer gleichgewichtigen Förderung beider Dienstformate (Jugendfreiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst) kommen. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Alle besetzten FSJ / FÖJ Plätze werden vom Bund anstatt derzeit mit 100 € künftig pauschal mit 200 € pro Teilnehmermonat gefördert.
- Die Bundesförderung wird für sogenannte benachteiligte Teilnehmer (z.B. Migrationshintergrund, Bildungsabschlüsse) in beiden Dienstformaten (Jugendfreiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst) zum Ausgleich des speziellen / höheren pädagogischen Aufwands um zusätzlich 100 € pro Monat erhöht.
- Alle - auch die regionalen FSJ / FÖJ Träger - werden vom Bund gefördert; diese regionalen nicht-bundeszentralen Träger in beiden Formaten über das Bundesamt für Zivildienst als Zentralstelle.
- Geplant wird mit jeweils 35.000 Plätzen in beiden Formaten, insgesamt also 70.000 Plätzen; das Bundesfamilienministerium sicherte in Zusammenarbeit mit den Zentralstellen der Träger eine Ausgestaltung mit dem Ziel einer gleichgewichtigen (konkurrenzfreien) Balance beider Formate zu.
- Darüber hinaus wird das Bundesfamilienministerium sicherstellen, dass die Förderung des Bundesfreiwilligendienstes nicht zu Lasten bestehender oder neuer FSJ / FÖJ Angebote

geht oder gar eine Umwidmung bestehender FSJ / FÖJ Plätze in Plätze des Bundesfreiwilligendienstes erfolgt.

Der Bundesfreiwilligendienst ist in Anlehnung an die Jugendfreiwilligendienste ausgestaltet.

Wichtigste **Eckpunkte des Bundesfreiwilligendienstes** sind:

- Angebot an alle Männer und Frauen ab erfüllter Vollzeitschulpflicht,
- Dienstdauer beträgt 6 bis längstens 24 Monate,
- arbeitsmarktneutraler Vollzeitdienst oder für über-27-Jährige auch Teilzeitdienst mit mindestens 20 Wochenstunden,
- keine leistungsgerechte Entlohnung, zulässig sind nur ein angemessenes Taschengeld, ggf. auf Teilzeit angepasst, freie Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung oder anstelle der Sachleistungen entsprechende Geldersatzleistungen wie bei den Jugendfreiwilligendiensten (Taschengeldhöchstbetrag 2011 monatlich 330 €),
- zur Gleichbehandlung mit Jugendfreiwilligendiensten ist grundsätzlicher Kindergeldanspruch geplant,
- Freiwillige sind sozialversichert,
- pädagogische Begleitung umfasst mindestens 25 Seminartage bei 12-monatigem Dienst,
- alle bisherigen Zivildienststellen konvertieren zu Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes, Anerkennung weiterer Einsatzstellen auf Antrag möglich,
- Verteilung/Weitergabe der Bundesförderung (Höchstbetrag nach Absenkung wegen Kindergeldanspruch voraussichtlich maximal mtl. 450 € bzw. für benachteiligte Teilnehmer mtl. 550 €) erfolgt über zivilgesellschaftliche Strukturen von bundesweiten Zentralstellen, zu denen sich Einsatzstellen und Träger zusammenschließen.

Aktuelle Informationen zum Bundesfreiwilligendienst sind auf der neuen Homepage des Bundesfamilienministeriums unter [www.bundesfreiwilligendienst.de](http://www.bundesfreiwilligendienst.de) erhältlich. Wichtige Informationen gehen auch aus den vom Bundesfamilienministerium erarbeiteten, beiliegenden Hinweisen von A bis Z **zum Bundesfreiwilligendienst** hervor.

Es wird darauf hingewiesen, dass der in den Hinweisen zum Bundesfreiwilligendienst enthaltene Beitrag „ALG II“, wonach ein Bezieher von Arbeitslosengeld II, der am Bundesfreiwilligendienst teilnimmt, in dieser Zeit nicht verpflichtet sei eine Arbeit aufzunehmen, vom Bayerischen Sozialministerium nicht geteilt wird. Nach Auffassung des Bayerischen Sozialministeriums darf das vom Steuerzahler finanzierte Arbeitslosengeld II nur dann ausbezahlt werden, wenn eine Selbsthilfe des Betroffenen nicht möglich ist. Infolgedessen geht das Bemühen um eine eigen-

ständige Sicherung des eigenen Lebensunterhalts dem Ehrenamt vor. Die Ausübung des Ehrenamts darf nicht zu einer unzulässigen Beschränkung der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt führen und muss daher spätestens dann aufgegeben werden, wenn sie sich nicht mit der Aufnahme einer angebotenen Stelle oder einer vom Jobcenter vorgesehenen Maßnahme vereinbaren lässt.

Zu Eurer weiteren Information liegen diesem Schreiben auch Hinweise von A bis Z für die **Jugendfreiwilligendienste** bei, ein Auszug aus der Bundesbroschüre "Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Für mich und für andere". Weitere Details zum **FSJ in Bayern** und die Adressen, der in Bayern zugelassenen Träger als Anlaufstellen für Einsatzstellen sind auf der Homepage des Bayerischen Sozialministeriums unter [www.fsj.bayern.de](http://www.fsj.bayern.de) erhältlich. Auch die durch das Bayerische Sozialministerium geförderte Homepage der Träger des FSJ <http://www.fsj-ich-will.de/> hält umfangreiche Informationen zum FSJ bereit.

Konkurrenzfreie Anreize und förderliche Rahmenbedingungen sind für alle Freiwilligendienste notwendig. Die Zivilgesellschaft wird von einem pluralen Angebot profitieren, wenn es gelingt, unterschiedliche Zielgruppen für die Dienste anzusprechen. Auf eine strikte Einhaltung der Bundeszusagen zu Förderhöhe und Stärkung der Jugendfreiwilligendienste werde ich mit Nachdruck achten.

Mit freundlichen Grüßen



Christine Haderthauer

